

Vortrag an den Ministerrat

Anzahl der Bediensteten mit Behinderungen im Bundesdienst

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen im Bund weiter zu forcieren und zu fördern. Mit gegenständlichem Ministerratsvortrag wird der vorgesehene Bericht zur Entwicklung der Anzahl begünstigter Behinderter, d.h. Menschen mit einem Grad der Behinderung von 50% oder mehr, im Bund erstattet.

Seit dem 1. Ministerratsvortrag zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderung im Bundesdienst ist die Anzahl begünstigter Behinderter mit einem Grad der Behinderung von 50 % und mehr von 4.180 (Stichtag 1. April 2007) um 400 auf 3.780 (Stichtag 1. April 2024) gesunken (- 9,57 %).

Ressort	Anzahl Menschen mit Behinderungen gesamt	Anzahl Menschen mit Behinderungen mit Grad der Behinderungen ≥ 60 %
Präsidentschaftskanzlei	2	1
Bundesgesetzgebung	11	6
Verfassungsgerichtshof	2	1
Verwaltungsgerichtshof	3	1
Volksanwaltschaft	6	4
Rechnungshof	9	2
Bundeskanzleramt	47	29
BM für Inneres	562	206
BM für europäische und internationale Angelegenheiten	26	18

BM für Justiz	395	186
BM für Landesverteidigung	726	363
BM für Finanzen	688	295
BM für Kunst, Kultur, Öffentlichen Dienst und Sport	26	16
BM für Arbeit und Wirtschaft	172	81
BM für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz	203	131
BM für Bildung, Wissenschaft und Forschung	747	461
BM für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie	35	18
BM für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft	120	66
Summe	3780	1885

Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen im Bundesdienst (1.4.2024)

Quelle MIS-Abfrage 1. April 2024 (Stand 12.4.2024)

Aktuelle Tätigkeiten im Bundesdienst und „Initiative Inklusion“

Zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sowie des Nationalen Aktionsplans Behinderung 2022-2030 wurde mit Ministerratsvortrag vom 1. Oktober 2021 ein Inklusionspaket beschlossen, dessen Maßnahmen auch hinsichtlich der demografischen Entwicklung dazu beitragen sollen, dass der Bund seine Einstellungspflicht gemäß Behinderteneinstellungsgesetz weiterhin erfüllt.

In Umsetzung dieses Inklusionspakets 2021 ist das Kompetenzzentrum Inklusion im BMKÖS als bundesweite Anlaufstelle für Inklusionsthemen im Bundesdienst sowie zur weiteren Umsetzung der Maßnahmen etabliert worden.

Ein Hauptaugenmerk des Kompetenzzentrums Inklusion liegt auf dem Bereich Sensibilisierung, Kompetenzaktivierung und Bewusstseinsbildung. Eine wichtige Säule hierbei ist das Angebot an Aus- und Fortbildungen, insb. in Zusammenarbeit mit der

Verwaltungsakademie des Bundes (VAB). Im aktuellen Bildungsprogramm der VAB finden sich mehrere einschlägige Kurse zu Inklusion, die sich vor allem an Führungskräfte und Personalverantwortliche richten. Der Bogen reicht von Seminaren zum Thema „Keine Angst vor Inklusion!“ über „Frauen und Behinderung – die ignorierte Intersektion“ bis hin zu „Recruiting von Menschen mit Behinderung – Barrieren überwinden und Potentiale erkennen“. Das Kursangebot an der VAB wird jährlich evaluiert und den Bedarfen angepasst.

Ein Recruiting-Folder „Menschen mit Behinderungen“ wurde mit dem Ziel erstellt, den Bundesdienst als attraktiven Arbeitgeber für Menschen mit Behinderungen zu positionieren. In Abstimmung mit „bundessache.at“ wurde dieser Folder barrierefrei gestaltet. Er informiert zu möglichen Aufnahmeverfahren sowie zu den Vorzügen einer Tätigkeit im Bundesdienst.

Ebenso kann das NEBA-Betriebsservice (www.betriebsservice.info) des Sozialministeriumservice von Seiten des Bundes als Unterstützung zum Thema Arbeit und Behinderung herangezogen werden.

Halbjährlich lädt das Kompetenzcenter Inklusion alle zentralen Behindertenvertrauenspersonen zu einem Plattformtreffen, um den Austausch von Erfahrungen und Informationen zwischen den Behindertenvertrauenspersonen und dem Kompetenzcenter Inklusion sicherzustellen. Die Sichtbarmachung und Stärkung der Behindertenvertrauenspersonen kommt allen Bediensteten mit Behinderungen zu Gute.

Im Juni 2024 hat das Kompetenzcenter Inklusion anlässlich der sinkenden Anzahl der Menschen mit Behinderungen im Bundesdienst alle Personalleiter:innen des Bundes zur „Initiative Inklusion“ geladen. Neben der Erörterung der aktuellen Entwicklungen stehen Informationen zu Unterstützungsangeboten, die Vorstellung von „best practices“ und die Möglichkeit zum Austausch im Zentrum der Veranstaltung. Ziel der Initiative ist es, die Ressorts dabei zu unterstützen, die Aufnahmen von Menschen mit Behinderungen voranzubringen und die diesbezügliche Zusammenarbeit zu verstärken.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen und beschließen.

3. Juli 2024

Mag. Werner Kogler
Vizekanzler